RESSEDIE



01054124 2 4 1993

Breuer: Deutschland steht solidarisch im Bündnis

Zur Entscheidung der Bundesregierung, deutsche Soldaten bei der Durchsetzung des vom Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Flugverbotes über Bosnien-Herzegowina in den AWACS-Flugzeugen zu belassen, erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer MdB:

Die auf der Koalitionsvereinbarung vom 24. März 1993 beruhende Entscheidung der Bundesregierung, deutsche Soldaten bei der Durchsetzung des vom Weltslicherheitsrat beschlossenen Flugverbotes über Bosnien-Herzegowina in den NATO-AWACS-Flugzeugen zu belassen, unterstreicht den Willen Deutschlands, Verantwortung für die Völkergemeinschaft zu übernehmen und solidarisch Im Bündnis zu handeln.

Jede andere Entscheidung hätte der Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit deutscher Außenund Sicherheitspolitik irreparable Schäden zugefügt.

Die Reglerungsfraktionen haben einen Gesetzentwurf zur klarsteilenden Ergänzung des Grundgesetzes eingebracht. Aus der Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Deutsche Bundestag auf der Basis dieser Gesetzesinitiative zu einem Konsens gekommen wäre. Die Opposition ist aber derzeit zum politischen Konsens in dieser grundlegenden Frage des deutschen Beltrages zur internationalen Friedenssicherung weder willens noch fähig. Daß nunmehr das Bundesverfassungsgericht angerufen werden muß. ist eindeutig auf den sicherheitspolitischen Blockade- und Verweigerungskurs der SPD zurückzuführen.

Ich kann nur dringend hoffen und appellieren, daß sich in der Opposition künftig die Kräfte stärker durchsetzen, die im Interesse der Handlungs- und Bündnisfählgkelt unseres Landes und aus sicherheitspolitischer Verantwortung für Deutschland heraus von der Notwendigkeit der Beteiligung deutscher Streitkräfte an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen der Vereinten Nationen überzeugt sind.